

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Illegale Migration

Gemäss Berichten der Bundesämter Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Flüchtlinge (BFF) und Fremdenpolizei (fedpol), sowie der Oberzolldirektion (OZD) sind keine verlässlichen Zahlen zur illegalen Migration vorhanden. Schätzungen gehen von 50'000 bis 300'000 Personen aus. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften gegen 90'000 ausländische Arbeitskräfte im Schwarzmarkt tätig sein. Diese Situation führt zu Sozial- und Lohndumping auf dem Arbeitsmarkt.

Aufgrund dieser Umstände ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie hoch schätzt der Gemeinderat die Anzahl der illegalen Migrantinnen und Migranten in der Stadt Bern?
2. Wie viele davon arbeiten auf dem Schwarzmarkt?
3. Melden die städtische Behörde illegal Anwesende dem Migrationsamt des Kantons und/oder der Stadtpolizei Bern? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Massnahmen unternimmt die Stadtpolizei um illegal anwesende Personen zu ermitteln?
5. Hat die Stadt Bern Massnahmen gegen die Schwarzarbeit vorgesehen und werden diese umgesetzt?
6. Was geschieht mit Firmen, welche Schwarzarbeit betreiben?

Bern, 25. August 2005

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Beat Schori, Simon Glauser, Thomas Weil, Erich Ryter, Peter Bernasconi

Antwort des Gemeinderats

Illegale Migration und Schwarzarbeit sind Phänomene, die nicht zwingend miteinander verknüpft sind. Um der Schwarzarbeit und dem Lohndumping überzeugend entgegenzuwirken und entsprechend zu ahnden, braucht es angemessene Kontrollen, welche dem Zweck der Einhaltung der Vorschriften und der Prävention dienen. Des Weiteren bedarf es einer verstärkten Zusammenarbeit von verschiedenen Stellen wie Sozialversicherung, Steuer- und Fremdenpolizeibehörden. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit, ob sie nun inländische oder ausländische Personen betrifft, ist eine Daueraufgabe. Der Gemeinderat setzt sich für eine konsequente Verfolgung und Ahndung von Widerhandlungen sowie eine bestmögliche Prävention und Aufklärung ein.

Zu den Fragen 1 und 2:

Es gibt keine verlässlichen Angaben über das genaue Ausmass der illegalen Migration, weder auf Bundes- noch auf kantonaler Ebene. Auch der Gemeinderat verfügt über keine konkreten Zahlen für die Stadt Bern.

Zu Frage 3:

In der Stadt Bern ist das Polizeiinspektorat (Bereich Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei, EMF) für ausländerrechtliche Angelegenheiten vollumfänglich zuständig. Eine zusätzliche Meldung an den Migrationsdienst des Kantons oder an die Stadtpolizei Bern erübrigt sich somit; dies gestützt auf die Zuständigkeitsregelung und Konzentration der Anliegen beim Polizeiinspektorat.

Zu Frage 4:

Werden im Rahmen der allgemeinen oder besonderen Kontrolltätigkeit der Stadtpolizei illegal anwesende ausländische Personen festgestellt, werden diese zur Durchführung von ausländerrechtlichen Massnahmen der Fremdenpolizei übergeben.

Zu Frage 5:

Die Massnahmen im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit umfassen straf- und verwaltungsrechtliche Massnahmen und sind in der Fallbearbeitung sehr arbeits- und zeitintensiv. Im Kanton Bern liegt die Zuständigkeit bei der Koordinationsstelle im beco. Die städtischen Behörden übernehmen im Rahmen der Rechtshilfe, beziehungsweise durch Auftrag des zuständigen Kantons, die notwendigen Vollzugsaufgaben und arbeiten eng mit der kantonalen Koordinationsstelle zusammen. Weitergehende Organisations- beziehungsweise Koordinationsaufgaben können vom Gemeinderat erst dann umgesetzt werden, wenn die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit vorgesehenen Inspektorinnen und Inspektoren des beco ausgebildet sind und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Zu Frage 6:

Firmen, welche sich illegal in der Schweiz aufhaltende Personen beschäftigen, müssen einerseits mit strafrechtlichen Massnahmen und andererseits mit Sanktionen der Arbeitsmarktbehörde rechnen. Dabei kann es beispielsweise zur Kürzung von Kontingenten, zum Zulassungsstopp von ausländischen Arbeitskräften oder auch zum Ausschluss von Aufträgen der öffentlichen Hand kommen.

Bern, 21. Dezember 2005

Der Gemeinderat